

NACH DEM MORD AN BHUTTO WIE PAKISTAN UND DIE USA REAGIEREN

Pakistan macht Amerikanern Angst

Islamismus, Atombomben, El Kaida und Nähe zu Afghanistan: Washingtons Einfluss wird immer geringer

Washington – Es dauerte keine halbe Stunde, da war die Nachricht von der Ermordung der pakistanischen Oppositionsführerin Benazir Bhutto auch im amerikanischen Wahlkampf angekommen.

Von unserem Korrespondenten MARKUS GÜNTHER, Washington

Keiner der führenden Präsidentschaftskandidaten wollte die Chance versäumen, sich in der Pose des schnell reagierenden Staatsmannes zu präsentieren, der vor laufenden Kameras echtes Entsetzen zeigt, im Übrigen aber den Feinden der Demokratie den Kampf ansagt. Doch was Hillary Clinton, Rudy Giuliani, Barack Obama, Mitt Romney und andere dann von sich gaben, offenbarte viel Hilflosigkeit: Pakistan macht Angst. So empfinden das alle Amerikaner, ganz gleich, ob sie Demokraten oder Republikaner sind.

Während man den Amerikanern oft – und nicht immer zu Unrecht – vorwirft, sich wenig für die Nachrichten aus dem Rest der Welt zu interessieren, dominiert die Nachricht von der Ermordung Bhuttos alle Debatten vom Weißen Haus bis zur Wall Street. Die „New York Times“ berichtete am Freitag auf vier Sonderseiten, die abendliche „News Hour“ auf PBS widmete dem Thema die gesamte Sendezeit von 60 Minuten. „Im Fall Pakistan kommt einfach alles zusammen“, sagt Stephen Cohen, einer der besten amerikanischen Kenner des Landes, „der radikale Islamismus, die Nähe zu Afghanistan, die Verstrickung in den Terror von Taliban und El Kaida, der schwelende Konflikt mit Indien und natürlich die Atomwaffen.“

Musharraf brüskierte die US-Regierung

Auch im Weißen Haus sieht man Pakistan als politisches Pulverfass – und die eigene Pakistan-Politik als Debakel. Lange, vermutlich viel zu lange hatte sich US-Präsident Bush an die Hoffnung geklammert, dass mit dem pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und eine Transformation des islamischen Landes zu einer Demokratie nach westlichem Vorbild möglich wäre. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 versuchte die Regierung Bush, sich die Unterstützung Musharrafs durch finanzielle und politische Hilfsleistungen zu erkaufen. Das mag zwischenzeitlich gelungen sein, doch in den letzten zwei Jahren ist der



Abschied von Frau und Vision: Unzählige Menschen würdigten am Freitag die ermordete Benazir Bhutto Foto: AP

amerikanische Einfluss auf die Entwicklung in Pakistan immer geringer geworden.

Eindringlich warnten amerikanische Regierungsmitglieder Musharraf vor wenigen Wochen, auf keinen Fall den Ausnahmezustand zu verhängen. Er tat es trotzdem. Ebenso fruchtlos blieben amerikanische Bemühungen, einer politischen Partnerschaft zwischen Musharraf und Bhutto den Weg zu ebnet. „Das war von Anfang an geisteskrank“, sagt Teresita Schaffer, eine pakistanische Politologin in Washington, „Musharraf hat nie Interesse gehabt, die Macht mit Bhutto zu teilen.“

Aber wie soll Bush reagieren, wenn ein Land mit 160 Millionen Menschen und eigenen Atomwaffen am Rande des politischen Abgrunds steht? Soll er zusehen, wie die Macht von Musharraf zerfällt und radikale Islamisten die Herrschaft an sich reißen? Schon die Rückkehr von Bhutto, von US-Diplomaten eingefädelt, war ja der amerikanischen Versuch, Musharraf zu stabilisieren. Mit Bhuttos Tod, so sieht man das im Weißen Haus, setzt sich auch der Machtverlust von Musharraf fort.

In hektischen Krisensitzungen wurde am Donnerstag und Freitag im Weißen Haus

darüber diskutiert, wie es weitergehen soll. Die Wahl soll trotz des Attentats stattfinden. Wenn nicht am 8. Januar, dann wenig später.

Nach dem Tod von Bhutto ist allerdings auch in der US-Regierung umstritten, auf wessen Wahlsieg man eigentlich hoffen soll. Nawaz Sharif, Kandidat der Moslemischen Liga, gilt als einer der aussichtsreichen Politiker, mit denen man sich arrangieren muss. Dabei galt Sharif, dem enge Kontakte zu radikalen Islamisten nachgesagt werden, bisher als Teil des Problems. Jetzt soll ausgerechnet er Teil der Lösung sein?

Worte der Woche

„Es ist absurd, dass die NPD nicht nur toleriert, sondern bei ihren verfassungsfeindlichen Bestrebungen auch noch mit Steuermitteln unterstützt wird. Die Demokratie finanziert ihre Feinde – das muss ein Ende haben.“

Sebastian Edathy (SPD), Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses

„In den vergangenen 100 Jahren ist die Lebenserwartung bei uns um 30 Jahre gestiegen. Die gewonnenen Jahre sind ein großes Geschenk. Aber wir gehen damit noch nicht achtsam genug um. Da werden immer noch Menschen aufs Altenteil geschoben, die viel können, die viel Erfahrung haben und auch noch viel Kraft.“

Horst Köhler, Bundespräsident, in seiner Weihnachtsansprache



Köhler

„Wir brauchen mehr Offenheit und Freundlichkeit Kindern gegenüber. Kinder und Eltern, die Kinder erziehen, müssen uns immer willkommen sein, und das sollten sie auch spüren.“

Ursula von der Leyen (CDU), Bundesfamilienministerin

„Das Jahr 2007 war sicherlich kein Erfolgsjahr für den Datenschutz.“

Peter Scharr, Bundesdatenschutzbeauftragter

„Der Osten Deutschlands ist auf einem guten wirtschaftlichen Weg.“

Wolfgang Tiefensee (SPD), Bundesverkehrsminister und Beauftragter für die neuen Länder



„Frau Merkel hat die Beschlüsse des CDU-Parteitag von Leipzig und die marktwirtschaftliche Ausrichtung hinter sich gelassen wie Dreijährige ihr kaputttes Spielzeug.“

Dirk Niebel, FDP-Generalsekretär

Niebel

„Es werden neue Kunden kommen, Familien mit Kindern und Nichtraucher, die wegen der Rauchbelastung Restaurants und Kneipen gemieden haben.“

Sabine Bätzing, Drogenbeauftragte

„Wir haben zu viele kriminelle junge Ausländer.“

Roland Koch (CDU), hessischer Ministerpräsident

„Wir haben Reallohnverluste, während die Gewinne explodieren.“

Oskar Lafontaine, Linkspartei-Chef

„Ich freue mich, vor dem zukünftigen Bundeskanzler sprechen zu dürfen.“

Sir Peter Jonas, ehemaliger Münchner Operintendant, beim Festakt zum 60. Geburtstag der Komischen Oper Berlin in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit

„Es gibt nichts Schöneres, Dringlicheres und Wichtigeres, als den Menschen unentgeltlich das weiterzugeben, was wir unentgeltlich von Gott empfangen haben.“

Papst Benedikt XVI. zu Weihnachten zum Auftrag der Christen, ihren Glauben zu verbreiten



Benedikt XVI.

„Gebt mir Kraft, diesen Verlust zu ertragen“

Benazir Bhutto beigesetzt – El Kaida bekennt sich zu Mordanschlag

Larkana – Trauer, Wut und Fassungslosigkeit in Pakistan: Eine riesige Menschenmenge begleitet Benazir Bhutto am Freitag auf ihrer letzten Reise.

VON STEFAN MENTSCHEL

Nach islamischer Tradition findet die Beisetzung bereits am Tag nach ihrem tragischen Tod statt. Ein Selbstmordattentäter hatte Bhutto und mindestens 23 ihrer Anhänger am Donnerstag bei einer Wahlkampfveranstaltung in der Garnisonsstadt Rawalpindi gewaltsam aus dem Leben gerissen und Pakistan in einen Schockzustand versetzt.

Im Schutz der Dunkelheit waren die sterblichen Überreste Bhuttos in ihre Heimatprovinz Sindh geflogen worden. Mit an Bord der Militärmaschine waren ihr Ehemann Asif Ali Zardari sowie der Sohn und die beiden Töchter. Von der Stadt Sukkur, rund

300 Kilometer nordöstlich der Hafenmetropole Karatschi gelegen, wurde der einfache Holzarg mit einem Hubschrauber in den Distrikt Larkana gebracht – seit Jahrzehnten das Machtzentrum der Familie Bhutto.

Hier strömten die Menschen bereits im Morgengrauen in den kleinen Ort Garhi Khuda Bakhsh. Sicherheitskräfte hatten den staubigen Flecken weiträumig abgesperrt. Dennoch gelang es 100 000 Menschen, bis zum Familiengrab und in die angrenzenden Straßen vorzudringen. „Ihr seid Brüder einer tapferen Schwester“, ruft Asif Ali Zardari den Anhängern seiner ermordeten Frau zu. „Gebt mir die Kraft, diesen Verlust zu ertragen.“

Auf dem Platz vor dem gewaltigen Mausoleum wehen schwarz-rot-grüne Fahnen der Pakistanischen Volkspartei (PPP). Dass die Partei nach dem Tod ihrer charismatischen Vorsitzenden vor einer ungewissen Zukunft

steht, beschäftigt in diesem Moment kaum jemanden. Das Grabmal mit seinen drei, die Gegend überragenden Kuppeln hatte Benazir Bhutto für ihren Vater errichten lassen. Zulfikar Ali Khan Bhutto war Ende der 70er Jahre als Regierungschef vom Militär hingerichtet worden. Auch ihre zwei Brüder sind hier begraben. Shah Nawaz starb unter mysteriösen Umständen im Ausland, Shaeed wurde von der Polizei erschossen.

Das islamistische Terrornetzwerk El Kaida und die radikal-islamischen Taliban sollen nach Angaben der pakistanischen Regierung für das Attentat auf die pakistanische Oppositionsführerin Benazir Bhutto verantwortlich sein. Innenminister Hamid Nawaz erklärte, die Ermittler hätten das „ganzes Geheimnis“ hinter dem Mord aufgeklärt. El Kaida hat sich im Internet bereits zu dem Anschlag vom Donnerstag bekannt.

Info

Der Tod eines Menschen bedeutet auch im Islam für den Verstorbenen den Übertritt ins Jenseits. Nach dem Tod wird der Leichnam eines Muslims möglichst umgehend, meist von Verwandten, nach rituellen Vorschriften gewaschen und parfümiert. Anschließend wird der Leichnam in weiße Leinentücher gehüllt. Die Bestattung muss nach islamischer Tradition zum frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen: Bei Eintritt des Todes am Morgen noch am selben, sonst am nächsten Tag. Für Muslime ist es eine besondere Ehre, Tote zu Grabe zu tragen und dabei ihr Gewand zu berühren. Am offenen Grab werden die Totengebete gesprochen. Danach folgt die Grablegung, traditionell ohne Sarg. Der Tote soll so auf seine rechte Seite gelegt werden, dass sein Gesicht nach Mekka weist. Die Trauergemeinde schließt das Grab mit Erde. dpa

CDU-Kandidaten sollen spenden

Die Hamburger CDU bittet ihre aussichtsreichen Kandidaten für die Bürgerstiftung am 24. Februar zur Kasse: Sie sollen 2326 Euro spenden. Juristen halten die Praxis verfassungsrechtlich aber für „höchst problematisch“. Nach einem Beschluss des CDU-Vorstandes mussten die Kandidaten die Summe bis Ende August einzahlen. Sie entspricht einem Monatsbezug eines Bürgerschaftsabgeordneten.

Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim sagte: „Es widerspricht der verfassungsrechtlichen Gleichheit der Wählbarkeit, die nach Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes besonders streng beachtet werden muss.“ Damit könnten Studenten oder Alg-II-Empfänger von einer Kandidatur abgehalten werden. Der Staatsrechtler Hans Peter Bull, einst Innenminister in Schleswig-Holstein, nannte die Spendenpraxis mit „dem Geist des demokratischen Wahlrechts schwerlich vereinbar“.

Der Hamburger CDU-Landesgeschäftsführer Gregor Jäcke verteidigt die Praxis dagegen als „rechtlich völlig in Ordnung“. Es handle sich um eine solidarische und freiwillige Unterstützung für die Partei angesichts hoher Wahlkampfkosten: „Für geldknappe Kandidaten gelten Ausnahmeregelungen“, so Jäcke. dpa

„Das Charisma wächst mit dem Amt“

Politikforscher Werner Weidenfeld hält CSU-Doppelspitze Beckstein/Huber für Erfolgsmodell

München – Der Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Uni München traut der CSU, auch ihrer neuen Doppelspitze Beckstein/Huber, zu, 2008 die absolute Mehrheit in Bayern zu gewinnen.

Herr Professor Weidenfeld, die neue CSU-Spitze hat zumindest in den Medien bisher keine guten Noten bekommen. Tut man Ministerpräsident Günther Beckstein und Parteichef Erwin Huber unrecht?

Die Ära Stoiber hatte sicher historisches Format. Nach einer solchen Ära steht man vor der Alternative: Kontinuität oder Wandel. Beides muss die Nachfolgegeneration bieten. Beckstein hat besonders die Kontinuität betont. Automatisch kommt von Opposition und Medien Kritik, wo denn der Wandel bleibe. Hätte Beckstein den Wandel betont, wäre er kritisiert worden, weil er sich von der Erfolgsära Stoiber so schön absetzt. Die Kontinuität zu betonen ist zunächst einmal kein Fehler. Um den Wandel stärker zu akzentuieren, bleibt Beckstein Zeit bis zur nächsten Landtagswahl. Ich würde ihm raten, einen Zukunftssakzent zu setzen, der die Menschen bewegt. Insgesamt halte ich das Timing Becksteins für richtig.

Ex-Kanzler Gerhard Schröder hat gespot-



„Doppelspitze ist clever“: Weidenfeld

tet, Stoiber sei Bundesliga gewesen, jetzt komme Kreisklasse in der CSU.

Dabei wird übersehen, dass Beckstein und Huber schon Champions-League-Erfahrungen haben. Sowohl Beckstein wie Huber haben auf Bundesebene eine beachtliche Rolle gespielt. Beckstein als sicher profiliertester Landespolitiker im Bereich der inneren Sicherheit, Huber hat das Wahlkampfprogramm von Merkel sehr stark mitgestal-

Foto: pr

In der Politik geht es auch um das Charisma handelnder Personen. Stoiber hatte es, können es Beckstein und Huber entwickeln?

Zu den Wahlerfolgen Stoibers haben auch positive Ausstrahlungen von Beckstein und Huber beigetragen. Ihnen kann

man nicht von vornherein Charisma absprechen. Das Charisma wächst mit dem Amt. Auch Angela Merkel ist kritischer beobachtet worden, als sie noch nicht Kanzlerin war. Solange Helmut Kohl Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Oppositions-

chef war, wurde er höchst kritisch beurteilt. Die CSU hat einen geschickten Schachzug vollzogen, indem sie die Nachfolge Stoibers auf zwei Persönlichkeiten mit unterschiedlichen Talenten verteilt. Das ist ganz clever.

Keine Partei ist so lange ununterbrochen an der Regierung wie die CSU in Bayern. Ist ein Ende in Sicht?

Die absolute Mehrheit kann eine Partei nur in optimaler Verfassung erreichen. Die CSU versucht, diese Prämisse zu erreichen in einer Kombination von Tradition und Moderne, Kultur und technologischem Fortschritt. Das in ein Zukunftsbild von Politik und Gesellschaft Bayerns zu verwandeln, ist dafür Voraussetzung. Sie muss eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, mit Gemeinsinn vermitteln, die möglichst viele über die Mitte im engeren Sinn hinaus einbindet. Viel spricht dafür, dass die CSU die absolute Mehrheit wieder erlangen kann.

Fragen von Ralf Müller, München